

Beschluss

der 25. Landesdelegiertenversammlung

Energiewende: NRW-Mittelstand braucht Planungssicherheit und Bürokratieentlastung

Wir fordern die Landesregierung auf:

- Im Bundesrat und bei der Ampel anzumahnen, dass es schnell zu einer Senkung der Stromsteuern und Netzentgelte und die Ermöglichung von Superabschreibungen für Energie-Umstellungsinvestitionen kommen muss.
- Für den energieintensiven Mittelstand in NRW ein eigenes Förderprogramm für Umstellungen auf Grünstrom und Wasserstoff aufzulegen, wie in den Koalitionsvereinbarungen angekündigt.
- Bei der EU-Kommission anzumahnen, dass die Planungen für grenzüberschreitende Energienetze massiv zu beschleunigen sind und dass entsprechende Fördergelder bereitstehen.
- Bei EU-Kommission und Bundesregierung anzumahnen, dass bestehende kumulierte Berichtspflichten zu vereinfachen und Bürokratiekosten zu senken sind. Es bedarf digitaler Automatismen für zusammenzufassende Berichtspflichten der unterschiedlichen staatlichen Ebenen.
- Bei EU-Kommission und Bundesregierung anzumahnen, dass keine neue Bürokratielasten für den Mittelstand entstehen. Industrieemissionsrichtlinie, CSRD, Lieferkettengesetzgebung, EU-Transparenzrichtlinie, Öko-Design-Verordnung und PFAS müssen erhebliche Ausnahmen bzw. Erleichterungen für KMU vorsehen.

- Bei der Kommission anzumahnen, dass die angekündigte Reduzierung des Verwaltungsaufwandes um 25% für die Unternehmen jetzt konkret wird und angekündigte Mittelstandsbeauftragte jetzt seine Arbeit direkt als Stabsstelle bei der Kommissionspräsidentin aufnimmt.